

NEUWITTENBEKER DORF-GEFLÜSTER

Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet

Sonderausgabe zur Kommunalwahl am 06.Mai 2018

Ihr Kompetenzteam



von links nach rechts, von vorne nach hinten

Wolfgang Miethke (Bündnis 90/Grüne) Wilfried Johst (parteilos) Thomas Pudimat (parteilos) Bernd Brandenburg (SPD)

Jürgen Strack (SPD) Georg Cassel (SPD) Waltraud Meier (SPD) Gudrun Schartau-Schanz (SPD) Julia Strack (SPD)

Nicht auf dem Bild :Renate Cassel (SPD) Volker Weber (parteilos)

Wir machen Politik für Neuwittenbek

www.spd-neuwittenbek.de

**Neuwittenbeker
Sozialdemokraten**

SPD

Aus dem Wege- und Umweltausschuss



In den zurückliegenden Jahren hat sich der Ausschuss mit einer Vielfalt an Themen befasst, von denen hier einige beispielhaft genannt seien:

Straßenbeleuchtung

Die Betriebszeiten der Straßenbeleuchtung waren 2016 ein Beratungsthema. Bei dieser Gelegenheit fand eine Bestandsaufnahme der Beleuchtung statt: Die Gemeinde betreibt insgesamt rund 100 Straßenlaternen. Der Gesamtstromverbrauch liegt bei etwa 9000 kWh pro Jahr. Damit verursacht aktuell jede Laterne jährliche Betriebskosten von rund 22 Euro, jede zusätzliche Betriebsstunde der Beleuchtung verursacht Mehrkosten von ca. 370 Euro pro Jahr.

Im selben Zusammenhang erfolgte eine Überprüfung des Beleuchtungskonzeptes in Alt- und Neuwittenbek. Dazu fand im November 2017 eine Ortsbegehung gemeinsam mit Vertretern des Seniorenbeirates statt. Die Ausleuchtung der öffentlichen Straßen und Wege ist zwar nicht mit der Situation in einer Großstadt vergleichbar, aber einer Gemeinde wie unserer durchaus angemessen.

Bus und Bahn

Es wurde ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, der unter Einbeziehung der ebenfalls betroffenen Nachbargemeinden eine Verbesserung des Nahverkehrs erreichen will.

Elektromobilität

Ein Angebot der Stadtwerke Eckernförde, eine Ladesäule für Elektro-Automobile unter Kostenbeteiligung der Gemeinde aufzustellen, wurde zunächst zurückgestellt: bis jetzt sind nur sehr wenige Elektrofahrzeuge unterwegs, so dass selbst in Eckernförde die vorhandenen Ladesäulen kaum genutzt werden. Wenn sich die Elektromobilität in einigen Jahren weiter durchsetzen sollte, wird sicher erneut über das Errichten einer Ladesäule zu beraten sein.

Jakobskreuzkraut

Im vergangenen Jahr rief der Ausschuss erneut zur Bekämpfung des Jakobskreuzkrauts im Gemeindegebiet auf. Diese Pflanze ist zur Zeit ihrer Blüte nahezu die einzige Nahrungsquelle für Honigbienen, aber leider gelangen mit dem Nektar auch für den Menschen giftige Alkaloide in den Honig. Zudem ist die getrocknete Pflanze im Heu gefährlich für Nutztiere.

Wanderwege

Einwohneranfragen zielten besonders auf den teils schlechten Zustand der Wander- und übrigen Fußwege in der Gemeinde. Hier bleibt noch einiges zu tun;

insbesondere der Weg zwischen Bahnhof und Hofkoppelweg sieht momentan schlimm aus. Immerhin ist der vielgenutzte Weg an den Tennisplätzen im vergangenen Jahr von unserem Gemeindearbeiter wieder hergerichtet und mit einer neuen Deckschicht versehen worden.

Letzte Sitzung

Auf der letzten Sitzung vor den anstehenden Kommunalwahlen hat der Wege- und Umweltausschuss sich am 19. März mit diesen Themen auseinandergesetzt:

- Die Erneuerung eines Teilbereiches des Spurplattenweges zum Buchenhof wurde vorerst zurückgestellt, bis die Bauarbeiten an der Unterführung im Fahrenhorster Weg abgeschlossen sind.



- In der Straße „Knallholt“ ist die Bankette wegen der dortigen Bodenverhältnisse und der Durchfeuchtung infolge der ungewöhnlich starken Herbstniederschläge tief durchgeweicht und ausgefahren. In der Fahrbahndecke bilden sich infolgedessen bereits erste Risse. Der Ausschuss hat sich deshalb dafür ausgesprochen, zur Stabilisierung der Straße die betroffene Bankette ausreichend tief und breit auszuheben und mit verdichtbarem Material aufzufüllen. Für diese Maßnahme soll der Betreiber der nahegelegenen Agrargasanlage mit in die Pflicht genommen werden. Es ist angedacht, im Zuge der Arbeiten ein Leerrohr des Breitbandzweckverbandes mitzuverlegen, um die Anlieger später mit einem Glasfaseranschluß versorgen zu können.

- Die Aufstellung von drei Straßenleuchten an der K90 in Altwittenbek zwischen den Einmündungen „Alter Feldweg“ und „Steenrott“ wurde grundsätzlich befürwortet. Damit soll die Nutzung des Rad- und Gehweges erleichtert werden, der auch als Schulweg dient.

- Deckenerneuerung des Radweges an der K90: Im vergangenen Jahr wurde die Entscheidung, den innerörtlichen Teil des Rad- und Gehweges in Altwittenbek zu erneuern, wegen der unklaren Lage hinsichtlich der Anliegerbeiträge zurückgestellt.

Das gereicht der Gemeinde nun zum Vorteil, denn im Zuge der Sanierung des Radweges zwischen Levensau und Warleberg erneuert der Kreis diesen Abschnitt mit.

- In einem Vortrag mit anschließender Befragung erläuterten drei Spezialisten für Obstbaumpflege, worauf beim Neuanlegen von Streuobstwiesen sowie bei Pflege und Schnitt der Bäume in bereits bestehenden Anpflanzungen zu achten ist. Dabei wurde klar, dass ein fachgerechter regelmäßiger und zielgerichteter „Erziehungsschnitt“ gerade in den ersten zehn Jahren die Lebensdauer eines Obstbaumes erheblich verlängern kann. Allerdings bindet diese Baumpflege Arbeitszeit – eine Streuobstwiese erzeugt also Folgekosten.

Für die Anpflanzung am Imbrook soll nun über mögliche Konzepte zur Pflege der Bäume gesprochen werden. Über die Neuanlage einer Streuobstwiese beim Sportplatz wird erst später eine Entscheidung fallen. Möglicherweise finden sich bis dahin Alternativen, die den gleichen Nutzen für Bienen und andere Insekten bieten, aber weniger pflegeaufwendig sind.

Ausblick

Auch in den kommenden fünf Jahren wird ein Schwerpunkt der Ausschussarbeit in der Unterhaltung der Gemeindestraßen liegen.

Möglicherweise wird auch der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen ein Thema werden. Mit Blick auf die Haltestelle am Ehrenmal bedeutet das, dass zumindest ein Konzept für die zukünftige Verkehrsführung in diesem Bereich entwickelt werden muss, das einer späteren Neugestaltung des Dorfkerns nicht im Wege steht.

Daneben wird sich der Ausschuss mit der Situation des Klärwerks zu befassen haben. Neben der Teichpflege geht es hier vor allem um die Klärschlamm Entsorgung. Es ist bereits jetzt schwierig, Abnehmer für den Schlamm aus den Klärteichen zu finden. Ab 2025 darf der Klärschlamm aller Voraussicht nach überhaupt nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden, sondern muss stattdessen getrocknet und dann der Müllverbrennung zugeführt werden. Die Gemeinde wird bis dahin die erforderlichen Trocknungseinrichtungen bauen müssen.

Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Unterstützung der Bienen und anderer Insekten in der Arbeit des Ausschusses sicher einen breiteren Raum als früher einnehmen.

Thomas Pudimat

Mehr Lebensqualität durch Mobilität Das ÖPNV-Angebot muss besser werden

Es sollte um eine mögliche Verbesserung des Busangebots für Neuwittenbek und unsere Nachbargemeinden

Schinkel und Großkönigsförde gehen. Der zuständige Mitarbeiter in der Verwaltung hatte zugesagt zu kommen, und wir wollten uns in Neuwittenbek zu einem Gespräch treffen. Prima, dachte unser Gast, ich nehme öffentliche Verkehrsmittel und fahre anschließend auch damit nach Hause.

Aber oh Schreck!

Neuwittenbek hat Straßen, und sogar Schienen führen am ehemaligen Bahnhof vorbei. Aber weder Bus noch Bahn fahren den Ort abends an oder halten gar. Unser Gast musste wohl oder übel ein Dienstfahrzeug (PKW) nehmen, um zu uns zu kommen, und danach mit dem Auto zurück ins Büro und dann glücklicherweise mit der Bahn nach Hause fahren.

Ich weiß nicht, ob das Erlebnis die Möglichkeiten unseres Gastes für ein besseres Bus-Regelangebot für Neuwittenbek in dem Maße vergrößert hat wie seine Erkenntnis, dass dies dringend nötig ist.

Neuwittenbek, 10 km von Kiels Stadtmitte und 7 km von Gettorfs Ortskern entfernt, ist außer regelmäßigen Schüler- und einigen Schnellbussen, die über Levensau am Ort vorbei fahren, vom ÖPNV weitgehend abgeschnitten. Berufspendler, Jugendliche wie ältere

Einwohner können ohne Auto oder Fahrrad nicht raus aus Neuwittenbek und auch nicht zurück. Nicht zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, ins Kino ...

In Berlin wird über kostenlosen ÖPNV in Städten nachgedacht. Wir haben nicht mal einen, den wir gegen Geld benutzen können. Land und Kreis kommen ihrer selbst auferlegten Verpflichtung, „eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen“ zu gewährleisten, nicht nach.

Das muss sich endlich ändern. Die SPD im Ort will das ändern. Ich selbst werde, ob mit oder ohne ein Mandat in der Gemeindevertretung, an einer möglichen Lösung mitarbeiten.

Ich freue mich, dass engagierte Einwohner aus Neuwittenbek, Schinkel und Großkönigsförde in einem „Arbeits“-Kreis mit dem Ziel zusammen arbeiten, den ÖPNV für ihre Mitbürger in ihre Orte zu holen. Sie haben begonnen Konzepte zu erarbeiten, die umgesetzt werden können: zu Bus, Bahn, Bürgerbus, Mobilitätsstationen, Call-a-Bus/Car etc.

Wenn Sie selbst etwas für mehr Lebensqualität durch bessere Mobilität tun wollen, gehen Sie am 6. Mai zur Wahl. Mit Ihrer Stimme können Sie auch für ein besseres ÖPNV-Angebot stimmen.

Georg O.G. Cassel



Bericht aus dem Bauausschuss

Sanierung der Klaus-Stein-Halle



Es ist anerkennend festzustellen, dass nach aktuellem Stand nicht nur der gesteckte Kostenrahmen eingehalten werden kann, sondern auch der Zeitplan – und das trotz der winterlichen Witterungsverhältnisse im Februar und März.



Die Klaus-Stein-Halle wird fit gemacht für die kommenden Jahrzehnte

Im Vergleich zur Klaus-Stein-Halle selbst ist ihr Anbau nun wirklich nicht alt und deshalb auch nicht aus Altersgründen sanierungsbedürftig. Aber trotzdem sind an dem Bau seit einiger Zeit diverse Schäden erkennbar. So sind im Mehrzweckraum Durchfeuchtungen oberhalb der Fenster und Feuchtigkeitsschäden im Fußbodenbereich nicht zu übersehen. Ein kürzlich von der Gemeinde beauftragter Gutachter hat an dem Bauwerk eklatante Mängel durch Planungs- und Beaufsichtigungsfehler festgestellt, die noch nicht verjährt sein sollen. Das seinerzeit zuständige Architektenbüro hat bereits signalisiert, für einige der Schäden die Verantwortung zu übernehmen.



Was ist hier schief gelaufen ?

In der Einwohnerversammlung vom 29. Januar 2018 wurde der erste Entwurf eines Innenbereichsgutachten

für die Gemeinde Neuwittenbek vorgestellt. Allerdings waren die aufgezeigten Baumöglichkeiten innerhalb der Ortslagen wie auch die Beurteilung möglicher Baugebiete an den Ortsrändern für viele Mitbürger enttäuschend. Bei aller Kritik ist aber zu bedenken, dass das beauftragte Büro den Entwurf erstellt hat, ohne auf Informationen, Anregungen und Wünsche der Gemeinde und ihrer Bürger zurückgreifen zu können. Für die bauliche Weiterentwicklung der Gemeinde ist ein Innenbereichsgutachten zwingend erforderlich. Es gibt den Rahmen für die Bauleitplanung der Gemeinde vor. Deshalb sind jetzt alle Mitbürger aufgefordert, ihre Anregungen und Wünsche in das Gutachten einzubringen. Bitte wenden Sie sich dafür direkt an den Bürgermeister, den Vorsitzenden des Bauausschusses oder das Bauamt des Amtes Dänischer Wohld. Den Entwurf des Gutachtens finden Sie auch auf der Internetseite des Amtes Dänischer Wohld (www.amtdw.de) unter „Bauleitpläne im Verfahren – Bekanntmachungen“. Im dritten und letzten Schritt werden sich dann die gemeindlichen Gremien mit dem überarbeiteten Entwurf befassen und gegebenenfalls noch zusätzliche Wünsche einbringen, bevor sie ihn abschließend beraten.

Der Betreiber der bestehenden Agrargasanlage beim Annenhof möchte seine Anlage erweitern. Angestrebt wird eine sogenannte Flexibilisierung der Anlage, um nicht mehr „rund um die Uhr“ sondern nur noch zu bestimmten Zeiten Strom zu erzeugen und einzuspeisen.

Dafür müssten zusätzliche Speicherbehälter für Gas und Wärme auf dem Gelände errichtet werden. Unsere Gemeinde hat für die erforderliche Änderung des Flächennutzungs- und des Bebauungsplanes bereits ihr Einvernehmen erteilt.

In der Bauausschusssitzung (nach Redaktionsschluss) sollen die näheren baulichen Details der „Flexibilisierung“ vorgestellt und erläutert werden. Basierend darauf soll das Gremium dann den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für F-Plan und B-Plan formulieren. Mit dieser Beschlussempfehlung wird sich dann zwei Tage später auch der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vor der Kommunalwahl auseinandersetzen.

In jedem Fall solle laut Aussage des Betreibers nicht mehr Material als bisher für die Gaserzeugung „vergärt“ werden. Es entstünden demnach also keine weiteren Anbauflächen für Mais oder andere „Energiepflanzen“ und auch kein zusätzlicher Transportverkehr von und zur Anlage.

Wilfried Johst

Lütt Wittenbeker

Es gibt wieder mehr Kinder in Neuwittenbek, das fällt schon im Straßenbild auf und macht sich natürlich auch im Kindergarten „Lütt Wittenbeker“ bemerkbar. Nach der Umstrukturierung im Sommer 2016 in eine Regelgruppe (mit Ausnahmegenehmigung max. 25 Kinder Ü3) und eine altersgemischte Gruppe (max. 20 Kinder) war schon Ende letzten Jahres abzusehen, dass in diesem Frühjahr die Plätze nicht mehr ausreichen würden. Gerade für die Kinder unter 3 Jahren (U3) werden zusätzliche Plätze benötigt. Da ein U3-Kind in einer altersgemischten Gruppe rechnerisch 2 Plätze belegt, ist diese mit z.B. 10 Kindern U3 voll belegt.

Der Ausschuss für soziale und kulturelle Angelegenheiten hat sich mit der Situation auseinandergesetzt und in enger Abstimmung mit dem Kindergartenbeirat einen Vorschlag erarbeitet. So sollen die beiden o.g. Gruppen erhalten bleiben, zusätzlich wurde ab 01. März eine Krippengruppe für 10 Kinder U3 geschaffen. Und um flexibel auf den Bedarf in der Nachmittagsbetreuung reagieren zu können, wurde der Stundenrahmen erhöht auf max. 290 Stunden/Woche für die Mitarbeiterinnen im Kindergarten. Diesem Vorschlag ist die Gemeindevertretung auf der Sitzung am 20.02.18 gefolgt.

Steigende Kosten – sinkende Zuschüsse

Auch die Gebühren für die Betreuung in der Kindertagesstätte mussten angepasst werden. Die Gebührenkalkulation hatte ergeben, dass der Elternanteil bei knapp 28 % lag; damit unter den bei der letzten Erhöhung 2016 angepeilten 33 % der Gesamtkosten. Die Drittelung war über viele Jahre fest stehende Größe bei der Finanzierung der Kindertagesstätten: jeweils 1/3 Gemeinde, Elternbeiträge und Zuschüsse (Land und Kreis). Von diesem Modell sind wir schon weit weg, jedenfalls bei den Zuschüssen.

Zusammengenommen decken die Zuschüsse vom Land und vom Kreis Rendsburg-Eckernförde knapp 20 % der Gesamtkosten, der Rest bleibt bei der Gemeinde (mehr als 50 %). Das Land hat in den vergangenen Jahren die Gesamtsumme der Zuschüsse für die Kindertagesstätten zwar erhöht, da die Anzahl der Plätze insgesamt aber gestiegen ist, ist der Zuschuss pro Platz gesunken. So kommen von der letzten groß angekündigten Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für den Ü3-Bereich um 15 Mio. € hier in der Gemeinde ca. 6.900 € an. Und wie viel von den Konvexitätsmitteln für den U3-Bereich in Höhe von 30 Mio. € im Haushalt der Gemeinde Neuwittenbek ankommen wird, ist noch unklar. Rein rechnerisch könnten es ca. 13.000 € sein, aber: in vielen Kommunen wurden oder werden die Einrichtungen um neue Gruppen erweitert bzw. die Öffnungszeiten ver-



längert (allein in Gettorf gibt es 5 neue Gruppen). Die genauen Zahlen werden wohl erst im Herbst fest stehen. Daher auch sind die Erhöhungen in die Haushaltsplanungen für 2018 noch nicht eingeflossen, da es noch nicht absehbar ist, was davon tatsächlich ankommt.

Im Haushalt 2018 sind Gesamtkosten für den Kindergarten in Höhe von 522.200 € verplant, der Landeszuschuss mit 85.000 € (inkl. 4.000 € für Qualitätsmaßnahmen), der Kreiszuschuss mit 17.000 € und Elternbeiträge in Höhe von 110.000 €, der Fehlbetrag, also der Anteil der Gemeinde beträgt 294.700 €.

Die Gebühren werden in 2 Schritten angehoben, zum 01.04. und zum 01.08.18, daher kommt die Erhöhung in 2018 noch nicht voll zum Tragen. Die Monats-Betreuungsstunde kostet dann ab August für Kinder über 3 Jahren (Ü3) 38 € statt 34 € und für Kinder unter 3 Jahren (U3) 65 € statt 59 €. Für die Eltern ist eine gute und verlässliche Betreuung für Ihre Kinder wichtig – aber sie sollte auch bezahlbar sein. Für 2 Kinder (z.B. 2 und 5 Jahre alt) zahlt eine Familie im Monat dann 525 € für die sog. „Regelbetreuung“, 5 Stunden von 8 bis 13 Uhr. Für 8 Stunden, 8 bis 16 Uhr, sind es dann schon 824 €, hinzu kommt noch das Essensgeld.

Die Finanzierung der Kinderbetreuung muss grundsätzlich überarbeitet werden, die Gemeinden und auch die Eltern werden mit diesen Problemen allein gelassen. Wir hoffen aber weiterhin, dass das Land SH seinen Anteil an der Finanzierung erhöht; damit würde die Gemeinde entlastet und es könnten auch die Elternbeiträge wieder sinken.

Waltraud Meier

Müllsammeln

Wir sehen es täglich, wenn wir mit dem Rad oder Auto über die Landstraßen fahren: Müll – Flaschen, Coffee-to-go Becher, Plastiktüten usw. Nachdem vor einigen Jahren das Dosenpfand hier Erleichterung gebracht hat, ist jetzt wieder eine Zunahme zu beobachten.

Die Gemeinde Neuwittenbek organisiert – wie viele andere auch – einmal im Jahr eine Müllsammelaktion. An einem Sonnabend im März machen Freiwillige sich daran, den Müll an den Straßenrändern einzusammeln. Leider ist hier ein negativer Trend erkennbar, denn die Teilnehmerzahlen nehmen nicht entsprechend der Müllzunahme zu sondern eher ab.

Das ist schade, denn es ist eine Aktion für Alt und Jung, wie die 20 Jahre alten Aufnahmen zeigen. Neben dem Spaß dabei haben diese Kinder sicher auch etwas gelernt: Mein Müll muss mit, ich werfe ihn nicht in die Landschaft!



Waltraud Meier Wilfried Johst

Pflege der Gemeindestraßen

Dieser Punkt stand vor fünf Jahren in unserem Wahlprogramm und ist aktueller denn je. Mit dem Ausbau des Mühlenredders vom Gut Warleberg zur Warleberger Mühle und mit der Sanierung des Langenhorster Weges vom Bahnübergang in Neuwittenbek bis zum Gelände der Kläranlage



waren in 2013 alle Gemeindestraßen durchsaniert. Alle Gemeindestraßen benötigen laufende Pflege und Unterhaltung. Trotzdem unterliegen sie ständiger Abnutzung und müssen irgendwann erneut saniert werden. Sorgfältige Pflege und Unterhaltung der Straßen und Wege zögert diesen Zeitpunkt hinaus und

hält dadurch finanziellen Schaden von der Gemeinde fern. Hier müssen zukünftig alle Beteiligten mehr tun als in den vergangenen Jahren und ihre Verpflichtungen ernster nehmen.

Wenn nämlich irgendwann die Sanierungswelle wieder von vorn beginnt, wird unausweichlich über die Finanzierung der dann anstehenden Maßnahmen zu reden sein. Die 2013 abgeschlossene Sanierungsrunde konnte Neuwittenbek noch allein aus dem eigenen Haushalt und mit Fördermitteln bewältigen. Das wird sich womöglich zukünftig nicht wiederholen lassen.

Bereits damals wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die Hauptnutzer der Straßen gemäß dem Verursacherprinzip an den Sanierungskosten beteiligt werden könnten. Die damalige Landesregierung verpflichtete jedoch in 2012 die Kommunen gesetzlich zur Beteiligung der Anlieger an den Sanierungskosten auf Basis des sogenannten „Vorteilsprinzips“. Der Grundgedanke war, dass der Ausbau einer Straße den Wert der anliegenden Grundstücke steigere und deshalb den Eigentümern einen greifbaren Vorteil bringe. Die daraus resultierenden Beitragsätze betragen etwa 75 % der Kosten bei reinen Anliegerstraßen, an innerörtlichen Erschließungsstraßen ca. 50% und an Hauptverkehrsstraßen ca. 25%. In der Praxis war der unterstellte Vorteil häufig zumindest fragwürdig, und die Ausgestaltung und Handhabung der in vielen Kommunen aufgestellten Straßenausbaubeitragsatzungen (welch ein Wort!) führten zu zahlreichen Protesten betroffener Grundstückseigentümer. Die Medien haben darüber ausführlich berichtet und einige besonders krasse Fälle direkt aufgegriffen.

Die neue Landesregierung stellt es den Gemeinden seit Januar 2018 frei, auf die Beteiligung der Anlieger an den Ausbaukosten zu verzichten, Das ist ein guter erster Schritt, leider fehlt bisher der zweite: Die Gemein-

den müssen auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden, denn sonst werden sie aufgrund leerer Kassen doch gezwungen sein, die Anlieger zu beteiligen.



Auf jeden Fall scheint die Kostenbeteiligung der Anlieger allein aber wenig gerecht, da das Verursacherprinzip außen vor bleibt. So würde beispielsweise ein Anlieger ohne eigenes Fahrzeug genauso zur Kasse gebeten wie alle anderen auch.

Gerechter wäre hingegen ein Wegefonds, in den zum einen die Gemeinde als Wegeunterhaltungspflichtige und zum anderen die Hauptverursacher der Straßenabnutzung einzahlen. Das ist allerdings schwer umzusetzen und auch juristisch umstritten, da die Nutzungs- und Belastungsintensivität der Verursacher nachgewiesen werden müsste.

Eine weitere Alternative wären sogenannte „wiederkehrende Beiträge“ für Straßenausbaumaßnahmen. Das bedeutet, dass die Gemeinde in mehrere Abrechnungsgebiete aufgeteilt würde. Die anfallenden Anliegeranteile aller in einem bestimmten Gebiet durchgeführten Ausbaumaßnahmen würden dann einmal pro Jahr auf alle Grundstückseigentümer dieses Gebietes umgelegt. Dieses Verfahren führt allerdings schon durch die große Anzahl der Beitragsbescheide zu einem hohen Verwaltungsaufwand.

Dieser Aufwand könnte geringer ausfallen, wenn die Grundsteuer generell erhöht würde, um so Mittel für den Straßenausbau in der Kommune zu finanzieren. Hier ist wiederum die Kritik berechtigt, dass die Grundstückseigentümer übermäßig belastet werden.

Zum Schluss kommt die beste Lösung, auf die die Gemeinden aber leider keinen Einfluss haben: Die Erhaltung der Gemeindestraßen und -wege ist Daseinsvorsorge; sie kommt der Allgemeinheit zugute und sollte deshalb auch von der Allgemeinheit finanziert werden.



Soll heißen, die Gemeinden bekommen die entsprechenden Finanzmittel, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Dafür müssten jedoch Landesgesetze entsprechend geändert oder völlig neu auf den Weg gebracht werden.

Das Thema „Straßensanierung“ ist also gerade in Hinblick auf die Finanzierbarkeit komplex und wird deshalb die Gemeindegremien und die politischen Fraktionen auch in den kommenden Jahren beschäftigen. Wegducken gilt nicht, denn an einigen Straßen sind bereits erste Schäden als mahnender Fingerzeig erkennbar.

Wilfried Johst Tomas Pudimat

Elvis rockt die Scheune 65 Jahre Theatergruppe Neuwittenbek

In diesem Jahr feiert die Theatergruppe Neuwittenbek ihr 65-jähriges Bestehen. Im Winter 1952/53 wurde sie von dem damaligen Schulleiter Christian Hansen im Rahmen der Neuwittenbeker Volkshochschule ins Leben gerufen. Während das erste Stück noch in Hochdeutsch geschrieben war, wurde fortan nur noch plattdeutsch gespielt.



Damals existierte noch die Gaststätte „Zur Linde“, deren Saal über eine Bühne verfügte.

Nach dem Tod von Hansen übernahm 1962 der Hauptlehrer Friedemann Thiel die Leitung. Nach dessen Tod löste die Neuwittenbeker Volkshochschule sich auf.

Die Mitspieler beschlossen, in eigener Regie weiterzuarbeiten. Die Aufführungen wurden zunehmend sehenswerter, nicht zuletzt durch Kostümausstattung und das professionelle Maskenbild von Heidi Kleinschmidt.

1999 wurde die Linde geschlossen, damit hatte die Gruppe keine Spielstätte mehr.

Das änderte sich im Frühjahr 2002: In der „Alten Scheune“ auf dem Hof Radbruch wurde eine eigene Bühne aufgebaut. Sie muss seit dem vor jeder Spielzeit auf- und danach abgebaut werden.

Diese Aufgabe wird von Bernhard Seifert - er ist von Beruf Tischler- und seinen Brüdern übernommen.

Es ist unmöglich, alle Schauspieler über diesen langen Zeitraum gebührend zu würdigen, stellvertretend seien der unvergessene Klaus Stein, Jochen und Ide Habeck, Wolfgang Kaiser und Carl Popp genannt. Carl war immer am besten, wenn er den Text vergaß und improvisierte. Das mag Ingrid Kaiser als "Toseggersch" in den Augenblicken anders empfunden haben.

Dieses Jahr stand „De Neurosen Kavalier“ auf dem Spielplan. Felix Bollman (Jürgen Detje) hat als Weihnachtsmann einige Kaufhäuser ausgeraubt, ist auf der Flucht und landet dabei in der Praxis von Professor Otto. Dieser ist verweist, seine Sprechstundenhilfe (Melanie Gamm) erwartet die Vertretung des Profes-

sors und hält Bollmann dafür. Der hat einmal angefangen Tiermedizin zu studieren und fängt mit Herz an, Ottos Patienten (Sabine Rahn, Wolfgang Kaiser und Heike Jöhnk) zu therapieren. Er gibt sich dabei als Dr. de Witt – das wäre die wirkliche Vertretung gewesen- aus. Als dieser in der Praxis auftaucht (Bernhard Seifert), muss er den auch noch erfolgreich abwimmeln.

Zu allem Überfluss meldet sich dann noch die Kommissarin Maiwald als Patientin an, die bei der Suche nach dem Kaufhausdieb verzweifelt.

Diese wird von Elisabeth Stein gespielt, die in diesem Jahr ihr 60-jähriges Bühnenjubiläum feiert. Durch seine unkonventionellen Ansätze gelingt es dem falschen Doktor, seine Patienten zu heilen. Besonders spektakulär ist dies beim Finanzbeamten Appelhans (Wolfgang Kaiser), der sich in seinem Inneren für Elvis Presley hält. Nachdem er in dieser Rolle einen Wettbewerb gewonnen hatte, erscheint er in voller Elvis Montur in der Praxis. Mit entsprechendem Playback der Elvis Songs im Rücken



rockt er das Publikum, bis der Raum tobt.

Nach der Vorstellung wurde der Zuschauerraum umgebaut und das Jubiläum gebührend gefeiert.

Jürgen Strack

De Neurosen-Kavalier





Waltraud Meier

Jahrgang 1958, Angestellte, Lebenspartner, 2 Kinder und 2 Enkelkinder
Politik ist für die Menschen da – das merkt man in der Gemeindevertretung sehr deutlich. Geht es doch immer um das direkte Lebensumfeld: Nahversorgung, Schule und KiTa, Feuerwehr, aber auch Kanalerweiterung usw. Die vorhandene Infrastruktur zu erhalten bzw. zu verbessern und die Gemeinde maßvoll weiterzuentwickeln wird die Herausforderung für die kommenden Jahre sein. Wichtig für mich ist auch die gute Zusammenarbeit in den Gemeindegremien, den Beiräten und Ausschüssen. Um gute Beschlüsse fassen zu können, ist ein Austausch der Standpunkte und Meinungen auf sachlicher Ebene nötig. Die Erfahrung, die ich in den fast 20 Jahren in der Kommunalpolitik sammeln konnte, möchte ich weiterhin zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde einbringen.



Thomas Pudimat

Jahrgang 1969
Entwicklungsingenieur
verheiratet, 2 Kinder
Respektvoll und fair im persönlichen Umgang, in der Sache kompromissbereit wo möglich und konsequent wo nötig – so engagiere ich mich seit zwei Jahren im Wege- und Umweltausschuss, und so möchte ich zukünftig ein lebenswertes und lebendiges Neuwittenbek mitgestalten. Unsere Dorfgemeinschaft lebt vom Mitmachen. Dazu müssen die Menschen sich kennen lernen. Kindergarten, Schule und Vereine helfen dabei. Um sie zu erhalten, braucht Neuwittenbek vor allem eines: Kinder! Junge Familien brauchen deshalb bessere Chancen, im Dorf zu bleiben – oder hierher zu kommen. Und wer möchte nicht seine Enkel gern in der Nachbarschaft aufwachsen sehen? Dafür möchte ich mit Ihrer Unterstützung die Voraussetzungen schaffen.

Wilfried Johst

Jahrgang 1956
verheiratet, 2 Kinder
Mediaberater

Seit 35 Jahren betätige ich mich politisch in Neuwittenbek, der Gemeindevertretung gehöre ich seit 18 Jahren an.

In den vergangenen 5 Jahren war ich Vorsitzender des Bauausschusses und Vorsitzender der SPD-Fraktion. Nach wie vor stellt die Arbeit in den Gemeindegremien für mich eine besondere Herausforderung dar, vor allem auch, um die in der Gemeinde erzielten Erfolge zu bewahren und die kommenden Herausforderungen zu bewältigen

Ich freue mich auch weiterhin auf eine gute und vor allem kreative Zusammenarbeit in der SPD-Fraktion.



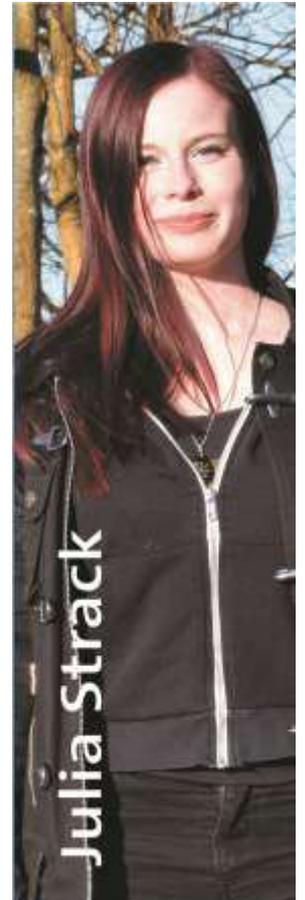
Julia Strack

Jahrgang 1996
Studentin der Biologie an der
CAU Kiel

Ich kann Neuwittenbek bereits mein gesamtes Leben meine Heimat nennen, deswegen ist mir das Wohlergehen des Dorfes und seiner Bewohner sehr wichtig.

Mein Interesse gilt vor allem dem Naturschutz, auf den ich mich auch in meinem Studium spezialisieren möchte.

Da die Natur das Landleben stark auszeichnet, möchte ich mich dafür einsetzen in Neuwittenbeks Umwelt ein gesundes Ökosystem zu erhalten.





Bernd Brandenburg

*Rechtsanwalt und Notar,
Jahrgang 1951 – verwitwet,
eine Tochter*

Politik braucht auch Erfahrung: der Gemeindevertretung gehöre ich durchgängig seit 1979 an und bin damit Neuwittenbeks dienstältester Gemeindevertreter.

Neuwittenbek verfügt über eine solide Finanzlage. Es ist nicht mein Ziel, die Rücklagen zu mehren, sondern öffentliche Gelder maßvoll und nachhaltig zum Wohle aller einzusetzen. Herausforderung bleibt, das Erreichte zu sichern und zu pflegen (Schule, Kindergarten, Sportstätten, Höker usw.), soweit erforderlich auch durch Stützung der örtlichen Vereine.

Georg Cassel

*Dipl.Ing. i.R., Fotograf
Jahrgang 1947 - verheiratet,
eine Tochter*

Politischer Anstand und Fairness sind in der Gemeindepolitik noch wichtiger als anderswo. Durch meine Arbeit möchte ich dazu beitragen, dass das bei uns so bleibt.

Meine Schwerpunkte: Infrastruktur und Senioren.

Ich lebe bewusst in unserer Landgemeinde. Hier kennen sich viele seit Jahren persönlich – die guten wie die weniger guten Seiten.

Gegenseitiger Respekt und Toleranz sind da besonders gefragt.

Dafür stehe ich.



Neuwittenbek Eine Gemeinde im Wandel

Wenn auswärtige Besucher nach Neuwittenbek kommen, finden sie nach eigenem Bekunden ein schönes und lebendiges Dorf vor, in dem es sich gut leben lässt. Dieser Eindruck ist absolut richtig, denn wir leben gern in unserer Gemeinde. Dieses Wohlempfinden ist aber nicht selbstverständlich und ergibt sich auch nicht von selbst.

In den vergangenen 35 Jahren hat unsere Gemeinde zahlreiche Veränderungen erfahren und es gab einige Herausforderungen, die den Dorffrieden nachhaltig gefährdeten.

Eine detaillierte Übersicht über die Veränderungen der vergangenen 35 Jahre würde den Umfang dieses Heftes sprengen – deshalb finden Sie diese auf unserer Internetseite www.spd-neuwittenbek.de. Dort sehen Sie auch viele weitere Informationen über uns und unsere Arbeit in den letzten Jahren.



Dieser Prozess wird sich fortsetzen, denn ist so beständig wie der Wandel. Die Bürger und ihre gewählten politischen Vertreter müssen sich aktuell und auch in Zukunft mit neuen Veränderungen auseinandersetzen.

Es lohnt sich, sich zu engagieren, denn überspitzt gesagt gilt der Spruch: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren“. Oder um es milder auszudrücken: „Nichts bleibt wie es ist, alles verändert sich fortlaufend, im guten wie im schlechten. Es liegt an uns den richtigen Weg zu gehen, an uns allen.“ Es lohnt sich, trotz aller Mühen: machen Sie mit.

Neuwittenbeker
Sozialdemokraten

SPD

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Neuwittenbek.

Ich möchte um ihr Vertrauen werben.

Überlassen Sie mir bei der Kommunalwahl am 06. Mai als ihr Vertreter des Wahlkreises Gettorf, Lindau, Neuwittenbek, Tüttendorf und Schinkel für den Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde ihre Stimme.

Ich bin 53 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier schulpflichtiger Kinder.

Geboren und aufgewachsen bin ich im westfälischen Ibbenbüren. In Münster studierte ich Biologie und promovierte in Kiel im Fach Zellbiologie und arbeite seit 1996 als Wissenschaftler in der klinischen Forschung des UKSH in Kiel.

Warum bewerbe ich mich um dieses Ehrenamt? All unser politisches Handeln soll sich nach dem Wohl des Menschen richten. In unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft sehe ich durch zunehmenden Kostendruck und eingeforderter Gewinnmaximierung, wie wir den Blick für die Interessen des einzelnen Menschen verlieren.

Die Schere zwischen jenen 10% unserer Bürger, die mehr als die Hälfte des deutschen Privatvermögens besitzen und jenen 27% unserer Bürger, die kein Vermögen besitzen, geht immer weiter auseinander und gefährdet unseren sozialen Zusammenhalt. Während die einen auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind, darf die finanzielle Solidarität an unserer Gesellschaft bei den anderen als belastbarer bezeichnet werden.

Immer weniger Schultern tragen durch ihre Beiträge zur Aufrechterhaltung unserer Sozialsysteme bei. So kommt der zunehmende Kostendruck zustande, dem zum Beispiel die Schließung der Kinderklinik in Eckernförde erlegen ist oder die eine Privatisierung des Kreiskrankenhauses erwägen lässt.

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir diesen Weg nicht fortsetzen. Auch in ländlichen Gebieten muss für jeden Menschen eine klinische Versorgung in allen medizinischen Disziplinen erreichbar sein. Medizinische Versorgung sollte eine gesellschaftliche Aufgabe sein, die in erster Linie dem Patienten verpflichtet ist und erst danach einer betriebswirtschaftlichen Prüfung standhalten sollte. Eine generelle Sozialversicherungspflicht auf jede Form der Wertschöpfung wäre eine weitere Möglichkeit dieses zu finanzieren.

Schenken Sie mir ihr Vertrauen, damit ich mich für eine gerechtere Gesundheitsversorgung im Kreis einsetzen kann. Dazu gehört auch die Wiedereinrichtung einer Kinderklinik in Eckernförde und ein Kreiskrankenhaus, das weiterhin dem Kreis gehört.



Ihr,

Dr. rer. nat. Jörg Weimer.

Impressum

Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

Sonderausgabe zur Kommunalwahl 2018

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek

Redaktion:

Georg Cassel
Wilfried Johst
Waltraud Meier
Wolfgang Miethke
Thomas Pudimat
Julia Strack
Jürgen Strack (V.i.S.d.P.)

Anschrift: Dorfstr. 7
24214 Neuwittenbek
E-mail: ndg@spd-neuwittenbek.de

Druck: hansadruck, Kiel
Auflage: 600

Betreute Grundschule



Es sind zurzeit 34 Kinder in der „Betreuten“. Im November letzten Jahres wurde eine zusätzliche Mitarbeiterin für 7,5 Std./Woche eingestellt, dies soll die Situation hier entzerren. Es ist jetzt leichter möglich, die Kinder in Gruppen aufzuteilen. Dafür stellt die Schule am Nachmittag einen zusätzlichen Klassenraum zur Verfügung, z.B. für Kinder, die ihre Hausaufgaben machen.

Aber auch hier ging es um die Gebühren in der Sitzung im Februar des Ausschusses für soziale und kulturelle Angelegenheiten, kurz Sozialausschuss☺. Die Eltern hatten in der Schulverbandsversammlung vorgeschlagen, den Beitrag weiter aufzuteilen für die Nachmittagsbetreuung. Die Regelbetreuungszeit geht von 7 bis 14 Uhr und kostet 80 €, die Nachmittagsbetreuung von 14 bis 16 Uhr kostet ebenfalls 80 €. Nach dem Vorschlag der Eltern sollte es 2 Gebührensätze geben am Nachmittag: für eine Stunde bis 15 Uhr und für 2 Stunden bis 16 Uhr. Aus diesem Grund wurde von der Verwaltung im Amt Dänischer Wohld eine Gebührenkalkulation durchgeführt. Leider hat diese ergeben, dass die Gebühren auch jetzt schon nicht kostendeckend sind. Daher hat das Amt eine Anhebung der Gebühren vorgeschlagen auf jeweils 85 €. Eine weitere Aufteilung der Gebührensätze würde die Situation noch verschärfen, zumal nicht absehbar ist, wie viele Kinder bis 16 Uhr angemeldet werden würden. Da auch die Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr schon vorliegen und eine weiterhin gute Auslastung absehbar ist, hielt der Ausschuss eine Gebührenerhöhung nicht für erforderlich. Es bleibt also alles wie gehabt, keine weitere Aufteilung – aber auch keine Erhöhung.

Waltraud Meier

Kloster Nütschau

Wie schon im letzten Jahr hat der Seniorenbeirat einen Vorschlag für den sog. „Gemeindeausflug für ältere Mitbürger“ gemacht, in diesem Jahr ist das Ziel das Kloster Nütschau. Die Organisation haben wieder Monika Weitkamp und Waltraud Meier übernommen. Der Termin steht schon fest: Dienstag, der 26.06., Start um 13 Uhr. Die Einladungen werden wie immer von den Mitgliedern des Sozialausschusses und dem Seniorenbeirat verteilt. „Die Abstimmung mit dem Kloster Nütschau und dem Busunternehmen war nicht ganz leicht, aber wir haben einen Termin gefunden“, freut sich Waltraud Meier.

Biologische Vielfalt fördern



Wenn wir die Augen aufmachen, können wir schon an scheinbar banalen Dingen ablesen, die sich unsere Umwelt dramatisch verändert.

Sind wir früher mit dem Auto hunderte Kilometer Autobahn in den Urlaub gefahren, hatten wir immer eine Flasche Wasser und einen Fliegenschwamm dabei.

Bei jeder Pause wurde dann die Windschutzscheibe von einer Schicht toter Insekten befreit.

Heute ist das so nicht mehr nötig und wie die Vögel können wir uns fragen, wo die Fliegen geblieben sind. Und mit den Fliegen verschwinden die Vögel.

Wir erleben eine Vermaischung unserer Landschaft, Blühpflanzen gehen zurück und die Bienen finden keine Nahrung mehr.

Immer mehr Kommunen wollen sich im Naturschutz engagieren. Ihre Absicht ist es, einen hochwertigen Lebensraum zu schaffen, den sich Menschen, Tiere und Pflanzen teilen.



Im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ sind derzeit 126 Kommunen zusammengeschlossen.

Das Bündnis stärkt die Bedeutung von Natur im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen und rückt den Schutz der biologischen Vielfalt in den Kommunen in den Blickpunkt. Es dient den Kommunen zum Informationsaustausch und unterstützt sie bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Zusätzlich werden auch Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsangestellte angeboten.

Die Naturschutzarbeit in der Gemeinde basiert auf dem Landschaftsplan, der Tiere und Pflanzen in unserer Nachbarschaft dokumentiert. Auf dieser Grundlage können dann Naturschutzflächen geplant werden und eine nachhaltige bauliche Entwicklung stattfinden.

Viele bestehende Landschaftspläne bedürfen der Überarbeitung, stammen sie noch aus einer Zeit, da z.B. das dramatische Artensterben noch nicht im Blickpunkt stand.

Biologische Vielfalt ist ein zentrales Handlungsfeld des kommunalen Naturschutzes und mit konkreten Zielen und Maßnahmen zu hinterlegen.

<http://www.kommbio.de>

Jürgen Strack

Brauche ich das wirklich? Ein Guide zur Plastikvermeidung



Jeder, der in unserem Dorf bei strahlendem Sonnenschein zu seinem Frühlings-spaziergang aufbricht - ob es nun zum Kanal herunter oder in Richtung Tütendorf ist – sieht es. In den Knicks und Büschen liegt immer wieder Müll, das meiste davon ist Plastik. Das Problem ist nicht nur, dass es unschön aussieht, nein, auch verrottet Plastik unglaublich langsam. Beispielsweise eine Plastiktüte, wie sie im Supermarkt für Obst und Gemüse genutzt wird oder auch der gern genutzte Hundekotbeutel, braucht 10 bis 20 Jahre, bis sie verrottet ist. Umso ärgerlicher ist es, dass nicht nur in unserem Dorf Plastik in der Umwelt landet.

Vermutlich haben auch Sie schon die Bilder des Müllteppichs im Atlantik gesehen, hier schwimmen 200 000 bis 250 000 Plastikteile pro Quadratkilometer im Meer herum. Meerestiere verfangen sich in diesem Müll oder nehmen ihn als Nahrung auf. Gerade Mikroplastik, Plastik im Größenbereich von Mikro- und Nanometer, gelangt über die Nahrung in den Organismus von Tieren, vor allem Fischen und dadurch auch in die Nahrungskette, an deren Ende der Mensch steht. Mikroplastik gelangt aber nicht nur über Müll in die Meere, es wird massenweise in Kosmetika eingesetzt, beispielsweise sind die meisten Peelingpartikel aus Plastik.

Ein richtiger Weg ist es, Plastik zu recyceln, doch ein viel besserer ist es, darauf zu achten, Plastik zu vermeiden. Hierzu gibt es einfache Möglichkeiten, die jeder in seinem Alltag umsetzen kann.

An allererster Stelle steht die Frage: „Brauche ich das wirklich?“

Man sollte, vor allem beim Einkaufen, immer diese Frage im Hinterkopf behalten. Brauche ich wirklich die Möhren, die extra in einer Plastikschiene abgepackt und noch mit Folie umwickelt sind oder kann ich sie auch lose mitnehmen?

Gerade bei Gemüse ist das Problem mit unnötigen Plastikverpackungen oft vertreten. Eine Mohrrübe beispielsweise wird normalerweise sowieso noch einmal gewaschen und geschält, wozu also die Verpackung drum herum?

Ein weiterer einfacher Tipp: Immer einen Stoffbeutel dabei haben! Diese sind wiederverwendbar und stabil genug, um die Einkäufe sicher nach Hause zu bringen. Auch ein geflochtener Korb oder Kisten können genutzt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist Mikroplastik in Kosmetika. Wie oben bereits angesprochen, gelangt dieses Mikroplastik, das zu klein zum Herausfiltern ist, in die Nahrungskette. Außerdem sind in Plastik Weichmacher und andere gesundheitsschädliche Stoffe vorhanden, die somit in die Umwelt gelangen.



Plastik kann auch auf diese Arten vermieden werden:

- Statt des To-Go-Bechers einen Thermobecher nutzen (die meisten Bäcker füllen ihn, manchmal gibt es sogar einen Rabatt dafür)
- Glas statt Plastik (z.B. bei Wasserflaschen)
- Holz statt Plastik (z.B. Zahnbürsten)
- Karton statt Plastik (z.B. Verpackungen)
- Mikroplastik in Kosmetika vermeiden (Die Inhaltsstoffe prüfen: PEG oder Acrylate sind Plastik! Auf Nummer sicher geht man mit Naturkosmetik)
- Einkauf im Unverpackt-Laden (Hier muss man selbst seine Gefäße mitbringen und kann sie füllen lassen)

Julia Strack

Klimawandel und Biologische Vielfalt (Biodiversität)



Von Wissenschaftlern wurden im Jahr 2000 die wichtigsten Einflussgrößen identifiziert, die die Abnahme der globalen Biodiversität verursachen:

- Veränderung in der Landnutzung:
Hierzu zählen insbesondere Abholungen von Wäldern und die Umgestaltung natürlicher Ökosysteme zu landwirtschaftlich genutzten Flächen;
- Klimaveränderungen, inklusive Niederschlag und Temperatur;
- Stickstoffbelastung von Gewässern .
Hauptverantwortlich sind Einträge über Kunstdünger, Fäkalien und Autoabgase;
- Einführung von Neophyten (gebietsfremde Pflanzen)
- die Erhöhung der Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre.

Als geeignete Gegenmaßnahmen gelten

- der Ersatz fossiler Brennstoffe durch alternative Energiequellen bei möglichst geringer Ausweitung der Nutzung von Biobrennstoffen aus Feldfrüchten,
- eine Vergrößerung der Schutzgebiete zur Bewahrung primärer Ökosysteme, insbesondere in den tropischen Regenwäldern,
- die Erhaltung der Diversität bei wilden und domestizierten Tier- und Pflanzenarten.

Biodiversität oder Biologische Vielfalt gilt als wichtige Grundlage für das menschliche Wohlergehen. Je vielfältiger ein Ökosystem ist, je stabiler ist es.

Daher beschloss die Bundesregierung 2007 eine Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Die Strategie benennt 330 Ziele und 430 Maßnahmen. Im Kern soll der Rückgang der biologischen Vielfalt aufgehalten werden.

Auf viele der vorgenannten Punkte haben wir als Bewohner Neuwittenbeks nur geringen Einfluss. Aber zu dem Punkt Klimaveränderung können wir einen Beitrag leisten.

Das Aufhalten des von Menschen verursachten Klimawandels ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir sind die letzte Generation, die noch eine Chance hat, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und für folgende Generationen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten.

Dieser Aufgabe hat sich schon vor Jahren die Gemeinde Neuwittenbek gestellt, indem sie begonnen hat die Gebäude des Schulstandortes Neuwittenbek ener-

getisch zu sanieren. Mit der energetischen Sanierung der Klaus-Stein-Halle und der Erneuerung des Heizungssystems ist dieser Bereich weitgehend abgeschlossen.

Eine weitere Möglichkeit den Eintrag von Kohlendioxid in die Atmosphäre zu vermindern ist das CO₂ zu binden. Dies kann auch durch das Pflanzen von Bäumen geschehen – jeder zusätzliche gepflanzte Baum ist aktiver Klimaschutz!

In Neuwittenbek gibt es diverse Flächen wo dies möglich ist z.B. am Klärwerk oder am Tennisplatz. Auch die Anlage von Alleen oder Baumreihen, z.B. Richtung Warleberger Mühle, wäre denkbar.

Wolfgang Miethke

Klimaziele erneut verfehlt

Deutschland hat laut einem Zeitungsbericht bis Ende März schon so viel klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) ausgestoßen, wie zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens für das gesamte Jahr 2018 erlaubt sind.



Die 217 Millionen Tonnen Kohlendioxid sind demnach in Deutschland bereits bis zum 28. März ausgestoßen worden.

Es wird erwartet, dass Deutschland erneut viermal so viele klimaschädliche Gase ausstößt als dies nach dem Pariser Klimaschutzabkommen für das gesamte Jahr 2018 erlaubt wäre. Das CO₂-Budget wurde sogar noch eine Woche früher als im Vorjahr aufgebraucht.

Mit dem Pariser Klimaabkommen hatte sich die internationale Gemeinschaft vor gut zwei Jahren das Ziel gesetzt, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen.

2017 habe Deutschland nach einer Prognose des Umweltbundesamtes (UBA) geschätzt 904,7 Millionen Tonnen Treibhausgase freigesetzt, heißt es in dem Bericht weiter. Dies seien laut UBA zwar 4,7 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr gewesen, doch trotzdem viermal so viel, wie nach den Pariser Klimazielen rechnerisch erlaubt sei. Zu den großen Verursachern zählen dabei der Verkehr, die Strom- und Wärmeproduktion sowie die Industrie.

Umweltverbände fordern u.a. die Abschaltung weiterer Kohlekraftwerke, insbesondere zusätzliche Stilllegungen von Braunkohlekraftwerken

Jürgen Strack

Insektensterben



Die Biomasse der Fluginsekten ist in einigen Regionen Deutschlands laut Naturschutzbund (NABU) in den vergangenen 15 Jahren bis zu 80 Prozent zurückgegangen.

Die Ursachen dieses Rückgangs sind noch nicht ausreichend geklärt. Doch vieles deutet darauf hin, dass wir es mit einer weit reichenden Vergiftung der Insekten in unserer Umwelt zu tun haben. Besonders Neonicotinoide, eine Gruppe von Insektiziden, die seit Mitte der 1990er Jahre in der Landwirtschaft eingesetzt werden, stehen im Verdacht für das massenhafte Sterben verantwortlich zu sein.

Bienen und andere Insekten tragen wesentlich zur Sicherung unserer Nahrungsgrundlagen und zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen und anderen Insekten ist zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Auch wird durch den Rückgang der Insekten vielen Tieren, besonders Vögeln die Nahrungsgrundlage entzogen. Es muss zwangsläufig zum Biodiversitätsverlust kommen.

Um diesem Trend entgegenzuwirken gibt es verschiedenen Möglichkeiten. Beispielsweise gibt es in Neuwittenbek etliche Flächen auf denen Streuobstwiesen angelegt werden könnten. Kleinere Flächen eignen sich besser als Wildblumenwiesen; und selbst Kleinstflächen lassen sich mit heimischen Blumenstauden und



Kleingehölzen zu Insekten-Paradiesen entwickeln. Gut geeignet sind auch Straßenränder, die mit hierfür typischen Pflanzen wie z.B. Wegwarte, Ringelblumen oder Klee aufgewertet werden können.

Ein großes Potential zur Förderung der Fluginsekten hat die naturnahe Gartengestaltung.

Diese zeichnet sich dadurch aus, dass möglichst wenig Fläche versiegelt oder mit Kiesel oder Splitt belegt wird. Ein ökologischer Garten darf auch gerne etwas „unaufgeräumt“ aussehen; so entstehen Rückzugsgebiete für alle möglichen Kleinlebewesen. Ein Haufen aus abgeschnittenen Zweigen und Laub in einer schat-

tigen Ecke des Gartens bietet für Igel und andere Tiere einen idealen Unterschlupf.

Auch wenn Rhododendron, Hibiskus, Zypressen und dgl. schön anzusehen sind, unsere heimischen Vögel und Insekten können nichts mit ihnen anfangen, da sie ihnen weder ideale Nistmöglichkeiten, noch Nahrung bieten. Für einen insektenfreundlichen Garten sind heimische Arten ein absolutes Muss. Eine ausgewogene Mischung aus Kultur- und Wildpflanzen, die zu unterschiedlichen Zeiten blühen, wäre eine optimale Bienenweide.



Für die Dächer von Garagen, Carports oder Schuppen bietet sich eine Dachbegrünung an. Die Fläche, die im Grunde durch die Bebauung der Natur entzogen wurde, kann durch die Dachbegrünung des Daches zurückgegeben werden.

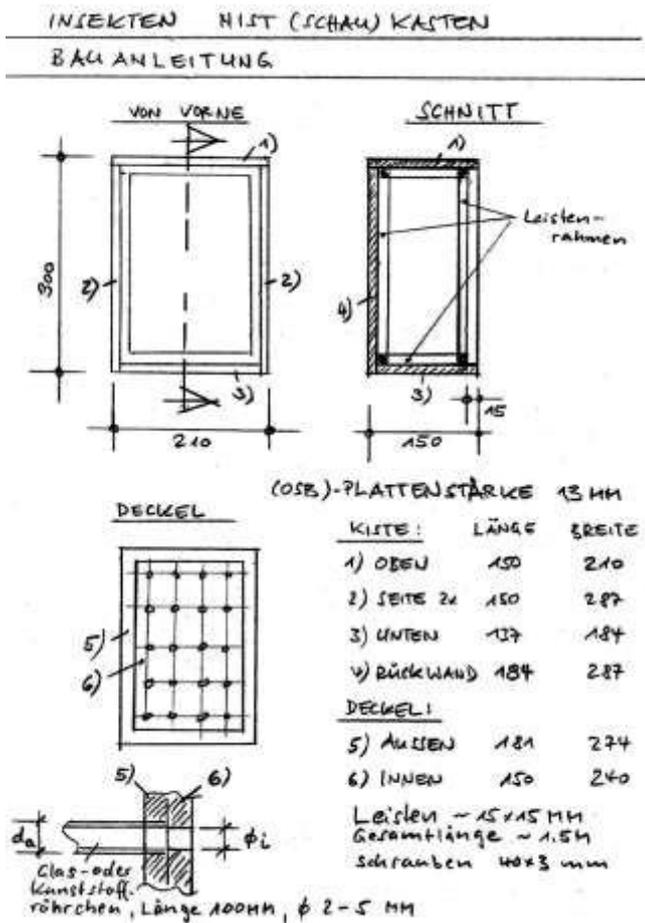
In einer dünnen ausgemagerten Substratschicht gedeihen Sedum, Fetthenne und Schnittlauch. Diese Pflanzen sind sehr pflegeleicht und nach einigen Jahren selbstregulierend. Lediglich Baumschösslinge sollten entfernt werden bevor sie sich vergrößern.



Auch Wände lassen sich gut begrünen. Je nachdem ob mit oder ohne Rankhilfe eignen sich z.B. Wilder Wein, Efeu, Kletterhortensie oder Waldrebe.

Eine gute Unterstützung der Fluginsekten kann erreicht werden, wenn man ihnen einige „Hotels“ zur Verfügung stellt. Diese sind einfach herzustellen, indem in einen Holzblock verschieden große Löcher gebohrt werden und dieser dann regengeschützt aufgestellt wird. Wer noch sehen möchte, wie sich die Insekten darin entwickeln, kann sich der angefügten Bauanleitung bedienen.

Wolfgang Miethke



erstellen. Die Abstände von Windkraftanlagen zu Splittersiedlungen bleiben mit 400m die gleichen.



Neuwittenbeks Sozialdemokraten haben sich stets zur Energiewende bekannt, sahen sich aber gerade in den letzten beiden Jahre veranlasst, sich gegen die Ungleichbehandlung der Außenbereiche bei den Abstandregelungen stark zu machen. Sie haben die Landesregierung im April 2016 aufgefordert, einen einheitlichen Mindestabstand von mindestens 800m festzulegen.

Zusätzlich haben sie mehrere Anträge zu diesem Thema in die Gemeindevertretung eingebracht.

Dies kann auf der Homepage unter www.SPD-Neuwittenbek.de nachgelesen werden.

Jürgen Strack

Landesregierung knickt ein

In einer Pressemitteilung vom 20. März 2018 erklärte das Innenministerium, dass die Landeregierung die Entwürfe der neuen Regionalpläne für die Windenergie erst nach der Kommunalwahl offenlegen will.

Doch eine Woche später einigte sich die Jamaika Koalition aus CDU, Grünen und FDP auf „neue“ Abstandsregelungen.

Bereits im Vorfeld wurde immer deutlicher, dass Ministerpräsident Daniel Günther seine vollmundigen Versprechen vor der Landtagswahl nicht wird einhalten können.

Im Landtagswahlkampf hatten CDU und FDP den Menschen größere Abstände der Windkraftanlagen vom Besiedlungsraum versprochen und sich damit auf Konfrontationskurs zu den Grünen bewegt.

Nun einigte man sich in der Koalition auf einen Kompromiss. Neue und bislang nicht bebaute Vorranggebiete sollen einen Abstand von 1000 m zur Wohnhäusern einhalten. Bei Gebieten mit Altanlagenbestand sollen die bisher geltenden 800 m Abstand bestehen bleiben. Jetzt soll die Landesplanungsbehörde eine konkrete Gebietskulisse



Die Gemeindevertreter der Neuwittenbeker Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahren engagierte, erfolgreiche Arbeit für unsere Gemeinde geleistet und die Arbeit der Gemeindevertretung entscheidend geprägt.

Wir wollen auch in Zukunft Politik für alle Neuwittenbeker machen!

Gehen Sie am 6. Mai 2018 zur Wahl

und unterstützen Sie uns bei der Umsetzung unserer Schwerpunkte:

Schule und KITA

- Schulstandort und betreute Grundschule sichern
- Verlässliche Grundschule weiterentwickeln
- Attraktives und bezahlbares Kindergartenangebot gewährleisten
- Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche verbessern

Ortsentwicklung

- Innenbereichsgutachten aktiv mitgestalten
- Ortskern neu gestalten
- Bauen maßvoll ermöglichen, ohne die Strukturen der Gemeinde zu überfordern
- Konzept für generationengerechtes Wohnen entwickeln und umsetzen
- Sportanlagen pflegen und erhalten
- Unterstützen der örtlichen Vereine als Motoren des gemeinschaftlichen Zusammenlebens
- Baumaßnahmen am NOK weiter kritisch begleiten

Umwelt und Klima

- Kommunales Bündnis für biologische Vielfalt unterstützen
- Nachhaltiges Pflegekonzept für gemeindeeigene Grünflächen erarbeiten
- Landschaftsplan aktualisieren
- Weiterhin für vertragliche Abstandsregelungen bei der Windkraftnutzung einsetzen
- In Solidarität mit anderen Gemeinden Fracking ablehnen

Infrastruktur

- Den Höker in seinem Bestand sichern
- Bessere verlässliche und nachhaltige Verkehrsanbindung insbesondere für alte und junge Einwohner schaffen
- Glasfasernetz-Ausbau vorantreiben
- Pflege der Gemeindestraßen und -Wege verbessern
- Verzicht auf Straßenausbaubeiträge beibehalten
- Sanierung der Kreisstraßen weiter einfordern

